

AG Cafe Sociale:

Die „soziale Stadt“ in den Mittelpunkt der zweiten Halbzeit von Rot-Rot stellen!

In diesen Wochen hat die zweite Halbzeit der Wahlperiode des Berliner Abgeordnetenhauses begonnen. Mit Blick auf die zweite Halbzeit, aber auch auf die Perspektiven sozialdemokratischer Stadtpolitik nach 2006, stellt die AG Cafe Sociale hiermit ihr Diskussionspapier „Sozialdemokratische Stadtpolitik weiterentwickeln!“ vor. Die AG Cafe Sociale möchte damit einen Beitrag zur Weiterentwicklung der politischen Programmatik der Berliner SPD leisten. Mit dem Thema „Soziale Stadt“ greift das Cafe Sociale ein Politikfeld auf, das viele Wählerinnen und Wähler als sozialdemokratische Kernkompetenz ansehen. Botschaft des Papiers ist, dass zukünftig „Soziale Stadt“ als Querschnittsaufgabe für alle Politikbereiche begriffen werden muss: Sämtliche Politikbereiche müssen es sich zur Aufgabe machen, die sozialräumlichen Auswirkungen des eigenen Handelns zu beachten.

Das vorliegende Papier – in das u.a. die Ergebnisse einer von der AG Cafe Sociale durchgeführten Anhörung mit Expert/innen eingeflossen sind – ist eine Diskussionsgrundlage. In den kommenden Wochen soll das Papier innerparteilich breit diskutiert werden. Die AG Cafe Sociale sucht den Dialog mit den Kreisen, Abteilungen, Arbeitsgemeinschaften und Fachausschüssen der Berliner SPD.

Georg Dybe, Michael Karnetzki, Sandra Kast, Ute Krüger, Oliver Ronnisch, Eckhart Seidel, Ingo Siebert, Holger Thärichen

Juni 2004

Sozialdemokratische Stadtpolitik weiterentwickeln!

„Soziale Stadt“ als Querschnittsaufgabe für alle Politikbereiche durchsetzen

Ziel sozialdemokratischer Stadtpolitik ist es, den sozialen Zusammenhalts in der Stadt zu verbessern und die Entstehung von Armutsinseln zu verhindern. Dabei wurden in den letzten Jahren trotz schwieriger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen Erfolge erzielt. Bei allen Problemen im Detail ist es im Großen und Ganzen gelungen, die Lebensbedingungen in den Berliner Kiezen zu stabilisieren. Dennoch ist die Lage in einigen Stadtquartieren fragil. Insofern muss der soziale Zusammenhalt weiterhin ein Schwerpunktbereich der sozialen Stadtpolitik sein.

Zur Stärkung des Zusammenhalts muss die Stadtpolitik zweigleisig vorgehen. Sie muss auf der Seite das bestehende Instrumentarium des Quartiersmanagements weiterentwickeln und dabei noch mehr Bereiche der Verwaltung einbeziehen. Auf der anderen Seite beeinflusst die gesamtstädtische Entwicklung in hohem Maß auch die Entwicklung in den Kiezen. Insofern wird sich eine soziale Stadtentwicklung nur verwirklichen lassen, wenn die Politik einen Mehr-Ebenen-Ansatz wählt. Sämtliche Politikbereiche müssen es sich zur Aufgabe machen, die sozialräumlichen Auswirkungen des eigenen Handelns zu beachten. Auch Wirtschafts-, Verkehrs- oder Bildungspolitik haben eine sozialräumliche Dimension. Diese Dimension darf nicht ausgeblendet werden, wenn Abwertungs- und Ausgrenzungsprozesse in benachteiligten Stadtquartieren verhindert und Ziele wie die Verbesserung der

Beschäftigungssituation, Integration, Teilhabe und des Zugangs zu Bildung und Qualifikation erreicht werden sollen.

Das Ziel „Soziale Stadt“ ist eine Querschnittsaufgabe für alle Politikbereiche.

1. Soziale Stadt heißt Quartiersmanagement weiterentwickeln!

Verwaltungshandeln besser abstimmen

Die bisherigen Instrumente des Quartiersmanagement haben sich grundsätzlich bewährt. Das Quartiersmanagement hat dazu beigetragen, Wohnumfeld und soziale Infrastruktur zu verbessern; Bewohnerinnen und Bewohner engagieren sich für die Entwicklung ihres Kiezes. Zum Teil wurde auch das Image von Stadtquartieren verbessert.

Das Ziel, eine Verbesserung und Stabilisierung von Lebens- und Arbeitsbedingungen in benachteiligten Stadtquartieren Berlins zu erreichen, ist jedoch nicht nur eine Herausforderung für Quartiersmanagerinnen und Quartiermanager sowie die Bewohnerinnen und Bewohner dieser Gebiete. Ohne Einbeziehung unterschiedlicher Verwaltungsbereiche in diese Strategie können nachhaltige Erfolge nicht erzielt werden.

Erforderlich ist die Orientierung des Verwaltungshandelns an den strategischen Zielen des Quartiersmanagements wie Verbesserung der Teilhabe und Handlungsfähigkeit der Bevölkerung sowie der Stärkung der lokalen Potenziale zu Moderation und Konfliktlösung

Dies setzt die Fähigkeit zu koordiniertem Verwaltungshandeln voraus. Das Quartiersmanagement wird damit gleichzeitig zu einem Innovationsmotor der Verwaltungsmodernisierung.

Weiterentwicklung des bestehenden Instrumentarium des Quartiersmanagements

Das bestehende Instrumentarium des Quartiersmanagement muss weiterentwickelt werden. Zum Beispiel haben zu viele Projekte noch keine dauerhafte Wirkung: Das Ende der Projektförderung ist auch gleichbedeutend mit dem Ende des Projektes. Die Projekte müssen nach dem Auslaufen der Förderung verstetigt werden.

Auch die Zusammenarbeit zwischen den Agenturen für Arbeit und den Quartiersmanagern ist noch verbesserungsfähig. Hier gilt es, die Agenturen für Arbeit stärker in die Pflicht zu nehmen.

Um die knappen Mittel gezielt für Kieze mit besonderen sozialen Problemlagen verwenden zu können, müssen die Ergebnisse und die Auswahl der Quartiersmanagement-Gebiete regelmäßig überprüft werden.

Ausgehend von den jeweiligen Bedürfnissen in den unterschiedlichen Quartiersmanagementgebieten ist auszuhandeln, in welcher Zeit welche Ziele erreicht werden sollen und welche Maßnahmen dafür von wem in welcher Zeit ergriffen werden. Es werden schriftliche Zielvereinbarungen getroffen und „Meilensteine“ definiert, an denen die vereinbarten Maßnahmen auf ihre Wirksamkeit und Effektivität überprüft werden. Die Einhaltung der Vereinbarungen wird regelmäßig evaluiert. Die Ergebnisse der Evaluierungen sind öffentlich.

Einige Stadträume, die bisher kein Quartiersmanagement-Gebiet sind und nicht im Blickpunkt der sozialen Stadtpolitik stehen, haben Entwicklungsprobleme, die denen

der Quartiersmanagement-Gebiete vergleichbar sind. Bei der Stabilisierung dieser Gebiete spielen die Wohnungsbaugesellschaften eine wichtige Rolle. Auf der anderen Seite ist auch verstärkt zu prüfen, ob sich in einigen der Quartiersmanagement-Gebieten die Situation entspannt hat und die Förderung an die veränderten Bedingungen angepasst werden kann.

2. Soziale Stadt heißt lokale Partnerschaften!

Eine wichtige Gruppe im Rahmen der sozialen Stadtentwicklung ist die Wirtschaft. Erfolgreiche Unternehmen können ein entscheidender Akteur für eine sozial ausgewogene Entwicklung Berlins sein. Umgekehrt sind sowohl für große, überregional orientierte Unternehmen als auch für kleine, lokal ausgerichtete Betriebe und Läden eine sozial ausgeglichene Stadt und sichere, attraktive Quartiere ein wichtiger Standortfaktor.

Zwar schränken der (im Bundesvergleich) geringe Besatz mit größeren Unternehmen in Berlin und eine schwächere Kaufkraft die Möglichkeiten, Unternehmen im Rahmen von lokalen Partnerschaften für die Weiterentwicklung der sozialen Stadt zu gewinnen. Lokale Partnerschaften sind kein Ersatz für überregionale wirtschaftliche Entwicklungskonzepte. Sie stellen jedoch eine wichtige Verknüpfung von Wirtschafts- und Stadtentwicklungspolitik dar.

Im Einzelnen setzt sozialdemokratische Stadtpolitik zur Verbindung von Quartiers- und Wirtschaftsentwicklung auf

- die Herausbildung von bezirklichen Wirtschaftsprofilen
- die Einbindung von Unternehmen in städtebauliche Maßnahmen,
- Schulpartnerschaften

Herausbildung von bezirklichen Wirtschaftsprofilen

Räumliche Nähe von Unternehmen und die Herausbildung kreativer Milieus können eine Quelle von Innovation sein. Die überregionale Wettbewerbsfähigkeit einiger Wirtschaftszweige Berlins wie Musikindustrie, Medienwirtschaft oder Biotechnologie wird deshalb auch davon beeinflusst, dass sich diese Branchen in bestimmten Bezirken konzentriert ansiedeln („Mini-Cluster-Standorte“). Dieses geschieht teilweise ohne politische Einflussnahme. In anderen Bereichen kann die Wirtschaftspolitik gezielt Einfluss nehmen, zum Beispiel durch Förderung von Existenz- oder Ausgründungen in der Nachbarschaft größerer Unternehmen. Dieses setzt voraus, dass die Bezirke für sich Wirtschaftsprofile definieren. Nach Möglichkeit sollen auch die bestehenden Straßenarbeitsgemeinschaften in die Definition der bezirklichen Profile eingebunden werden. Um einen möglichst einfachen Zugang zu den bestehenden Beratungsangeboten zu gewährleisten, sollten Existenzgründungs-Informationen auch durch mobile Teams direkt in den Kiezen erfolgen.

Wir wollen jedoch keinen ruinösen Wirtschaftsförderwettbewerb der Bezirke. Insofern ist zur Koordinierung bezirklicher Wirtschaftsprofile eine starke gesamtstädtische Ebene erforderlich.

Einbindung in städtebauliche Maßnahmen

Ein attraktiver Stadtraum ist ein zentrales Element für das „Wohlfühlen“ in der Stadt. Er ist aber auch für Unternehmen eine wichtige „Visitenkarte“. Sozialdemokratische

Stadtpolitik wird deshalb versuchen, noch stärker als bisher Unternehmen zur Beteiligung an städtebaulichen Maßnahmen zu gewinnen. Dieses wird einfacher gelingen, wenn im Gegenzug sichergestellt ist, dass Unternehmen bei städtebaulichen Vorhaben ihre Interessen einbringen können.

Schulpartnerschaften

Im Rahmen zahlreicher Partnerschaften kooperieren Berliner Unternehmen schon jetzt mit Schulen. Dieses Engagement für Bildung – z.B. durch Bereitstellung von Praktikumsplätzen – sollte unter besonderer Berücksichtigung von Schulen aus problembehafteten Kiezen ausgebaut werden. Dabei sollte die Nähe von Unternehmensstandorten zu benachbarten Kiezen genutzt werden.

3. Soziale Stadt heißt Integration von Migrantinnen und Migranten

Grundlage aller Entscheidungen und Maßnahmen der Integrationspolitik ist: Berlin ist eine Einwandererstadt.

Die Integration von Einwanderinnen und Einwanderern ist jedoch nicht wie erhofft und vermutet vorangekommen. Im Gegenteil: Integrationsvoraussetzungen wie deutsche Sprachkenntnisse, umfassende Schulbildung und berufliche Ausbildung sind bei einigen Migranten oft nicht mehr gegeben. In den Arbeitsmarkt sind Migrantinnen und Migranten aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit häufig nicht mehr eingebunden. Gleichzeitig ist eine verstärkte Herausbildung von ethnischem, nationalem und religiösem Fundamentalismus zu beobachten. Zwar können ethnische und nationale Strukturen Migrantinnen und Migranten eine minimale Absicherung gewährleisten und neuen Zuwanderern ein Finden in der neuen Heimat erleichtern. Es besteht jedoch die Gefahr, dass die Konzentration auf diese Strukturen zur Sackgasse wird.

Integration bedeutet jedoch auch, dass sich die sog. Mehrheitsgesellschaft ebenfalls ändern muss (z.B. Herausbildung von interkulturellen Kompetenzen in den Verwaltungen). Es müssen ausreichend Angebote für den Erwerb deutscher Sprachkenntnisse und Bildung vorhanden sein.

Stadt des Wissens für Migrantinnen und Migranten

Migrantinnen und Migranten müssen stärker in Bildungsangebote eingebunden werden. Das scheitert bisher sowohl an der geringen Durchlässigkeit des Bildungssystems als auch an der mangelnden Wahrnehmung von Bildungsangeboten durch einzelne Migrantinnen und Migranten. Dazu müssen entsprechende Bildungsangebote auch quartierbezogen bereitgestellt werden. Das muss insbesondere auch die Erwachsenenbildung umfassen. Für einen Erfolg von entsprechenden Bildungseinrichtungen ist die Quartierbezogenheit der Einrichtungen Voraussetzung.

Integration braucht interkulturellen Dialog

Sich gegenseitig zu kennen ist eine wichtige Integrationsvoraussetzung. Da die Integration über den Arbeitsmarkt nicht mehr funktioniert, müssen andere Ebenen des interkulturellen Dialogs gefunden oder ausgebaut werden. Zwischen Migrantengruppen aus den Bereichen Musik/Kultur, Sport, Wirtschaft/Einzelhandel und entsprechenden Gruppen aus der sog. Mehrheitsgesellschaft muss der

interkulturellen Dialog verstärkt werden. Auch der interreligiöse Dialog kann einen Beitrag zur Integration leisten.

Revision der Politik der Ausländerbehörde

Mit der Abschiebung von integrierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen sendet die Ausländerbehörde das vollkommen falsche Signal aus. Dieses Signal reicht weit über die Gruppe der unmittelbar Betroffenen hinaus und symbolisiert mangelnde Integrationsbereitschaft der Mehrheitsgesellschaft.

Für die Integration von Migrantinnen und Migranten ist deshalb eine Revision der Politik der Ausländerbehörde angezeigt (auch wenn die Regelungen im Rahmen von Bundesgesetzen Grenzen setzen mögen). Maßstab der Entscheidungen der Ausländerbehörde muss der Grundsatz „im Zweifel zugunsten des Betroffenen“ sein. In der Stadt darf nicht der Eindruck entstehen, dass in einem politisch wichtigen Bereich Verwaltungshandeln über politischem Willen steht.

4. Soziale Stadt heißt Demokratie vor Ort!

Teilhabe von Bürgerinnen und Bürger in der Großstadt Berlin zu organisieren bedeutet Demokratie vor Ort in den Stadtteilen und Bezirken zu ermöglichen. Auch vor dem Hintergrund der angestrebten Fusion von Berlin und Brandenburg sind die Entscheidungsmöglichkeiten der Bezirke zu stärken. Dabei sollen für die Organisation und Aufgabenverteilung zwischen Bezirken und gesamtstädtischer Verwaltung folgende Kriterien gelten:

- eine effektive gesamtstädtische Verwaltung ist vor allem für die strategische Planung und Organisation in der Stadt zuständig.
- städtische Aufgaben müssen nur dann von der gesamtstädtischen Ebene übernommen werden, wenn sie die Verflechtungsbeziehungen innerhalb der Gesamtstadt betreffen oder so deutlich kostengünstiger erbracht werden können

In den Bezirken arbeiten politische Bezirksämter. Zwischen den Bezirken wird aufgrund unterschiedlicher sozialer Zusammensetzung der Bevölkerung ein Lastenausgleich gewährleistet.

Der Stadtteil bietet für die Bürger/innen eine überschaubare Instanz. In ihm können Identifikation und Beteiligungsmöglichkeiten gestärkt werden. Dabei geht es nicht um die Einführung einer weiteren Verwaltungsebene. Vielmehr müssen Verwaltungshandeln und Selbstorganisation der Bürgerinnen und Bürger im Quartier gebündelt werden. Die Bezirksverwaltungen müssen aus dem Rathaus herausgehen und sich den Kiezen zuwenden. Das Prinzip der Sozialraumorientierung, das in der Jugendhilfe bereits als neues Leitbild umgesetzt wird, muss zum generellen Prinzip der Organisation sozialer Dienstleistungen vor Ort werden. Gleichzeitig ist es notwendig, in den verschiedenen Stadtteilen die Etablierung einer lokalen Öffentlichkeit voran zu treiben, in der Probleme geäußert und Initiativen entwickelt werden können. Hierzu zählen beispielsweise Stadtteilversammlungen, -konferenzen, -ausschüsse.

Auch die Beteiligungs- und Mitentscheidungsrechte der Bürgerinnen und Bürger bei den Entscheidungen der bezirklichen Gremien (Bezirksverordnetenversammlung, Bezirksamt) müssen gestärkt werden. Dazu sind Bürgeranträge in der BVV und Bürgerbegehren und Bürgerentscheide einzuführen. Diesbezüglich weist der momentan von den Koalitionsfraktionen im Abgeordnetenhaus diskutierte

Gesetzentwurf in die richtige Richtung. Auch die Beteiligungsrechte von Jugendparlamenten, Seniorenvertretungen und der Bezirksschulbeiräte und der Bezirkselternausschüsse der Kitas gilt es in diesem Zusammenhang zu stärken.

Aus den Erfahrungen mit Quartiersfonds in den Quartiersmanagement-Gebieten ist bekannt, dass Bürgerinnen und Bürger sich an politischen Prozessen im Quartier beteiligen, wenn ihre Entscheidungen eine direkte Wirkung entfalten können. Dazu ist der Zugriff auf finanzielle Ressourcen nötig. Deshalb sind Formen der direkten Beteiligung bei Haushaltentscheidungen, die das jeweilige Quartier betreffen, zu entwickeln. Dazu gibt es bereits relativ konkrete Konzeptvorschläge (Bürgerhaushalte), deren Umsetzbarkeit geprüft und erprobt werden muss.

Schließlich sind auch die neu einzurichtenden bezirklichen Ordnungsämter in den Kontext einer sozialen Stadtpolitik zu stellen und damit aus dem aktuell dominierenden repressiven Sicherheitsdiskurs herauszulösen. Aufgabe der bezirklichen Ordnungsämter muss es sein, durch die praktische wie symbolische Aufwertung des öffentlichen Raums die Wohn- und Lebensbedingungen der Berlinerinnen und Berliner zu verbessern.

So gestalten wir Berlin!